



PRESSEMITTEILUNG DES BUNDESVERBANDES SOLARWIRTSCHAFT

## Verbände-Appell: Gebäude-Photovoltaik muss zentrale Säule der Energiewende bleiben

**Berlin, 27. Januar 2026: Vor dem Hintergrund geplanter Einschnitte appelliert ein breites Verbändebündnis aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft an die Bundespolitik, die Errichtung von Solarstromanlagen auf Gebäuden weiter zu fördern. Die Photovoltaik sichere Wirtschaftsunternehmen sowie Verbrauchern dauerhaft günstige Strompreise durch ihre preisdämpfende Wirkung an der Strombörse, ermögliche Millionen Bürgern eine aktive Teilnahme an der Energiewende und genieße höchste Akzeptanzwerte in der Bevölkerung, so die Unterzeichner des Verbändeappells. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche hatte Mitte September angekündigt, die Förderung neuer Solardächer weitgehend streichen zu wollen.**

Führende Verbände des Mittelstands, der Wohnungswirtschaft, des Verbraucherschutzes, der Umwelt, der Elektro- und Digitalindustrie, des Elektrohandwerks, der Energiedienstleistungen und des Contractings, der Bürgerenergie und Energiegenossenschaften sowie der Erneuerbaren Energien und Speicherbranche sprechen sich für eine Beibehaltung der EE-Ausbauziele, für eine Nachjustierung anstelle von Einschnitten im Photovoltaik-Förderrahmen und für die Schaffung geeigneter Voraussetzungen für einen systemdienlichen Solarausbau aus. Die Erstunterzeichner und ihre Mitgliedsvereine vertreten zusammen über 20 Millionen Einzelmitglieder, darunter über 50.000 Unternehmen.

Ohne einen attraktiven Förderrahmen dürfte sich der Photovoltaik-Zubau im Heimsegment mehr als halbieren. Ganz sicher beabsichtigen in diesem Fall nur noch rund 12 Prozent der Interessenten mit geeignetem Dach eine Photovoltaik-Dachanlage zu installieren. Dies ergab eine repräsentative YouGov-Befragung unter privaten Immobilienbesitzer:innen im Auftrag des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar). Bei Mehrfamilienhäusern würden die Ausbauzahlen auf sehr niedrigem Niveau stagnieren. Dies würde die Klimaziele gefährden und die Abhängigkeit von teuren fossilen Energieträgern verlängern, warnen die Verbände.

Aus Analysen des BSW-Solar von Zahlen der Bundesnetzagentur geht hervor, dass die private Nachfrage nach Solardächern im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bereits um rund 25 Prozent gesunken ist. In einer derartigen Marktlage wäre eine weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen zwangsläufig Gift, warnt deren Hauptgeschäftsführer, Carsten Körnig.

In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage (18+) von YouGov im Auftrag des BSW-Solar gaben rund acht von zehn Befragten an, dass die aktuelle Bundesregierung den Ausbau der Solarenergie (eher) beschleunigen oder auf aktuellem Niveau weiterführen soll. Dabei gab es keine großen Unterschiede zwischen den Wählern der Regierungsparteien CDU/CSU (86 %) oder SPD (88 %) (vgl. Grafik).

Zu den Erstunterzeichnern des Verbände-Appells zählen neben dem BSW-Solar: Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV), Haus & Grund (H&G), Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH), Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI), Bundesverband der Energie-Abnehmer (VEA), Verband für Energiedienstleistungen, Effizienz und Contracting (vedec), Bundesverband Wärmepumpe (BWP), Deutscher Naturschutzring (DNR) als maßgeblicher Dachverband der Umweltverbände in Deutschland, der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) und das Bündnis Bürgerenergie (BBEn).

Weitere Informationen:

Verbände-Appell: <https://bit.ly/48ybuEu>

Pressegrafik: [https://www.solarwirtschaft.de/datawall/uploads/2025/12/ID\\_2025\\_55.jpg](https://www.solarwirtschaft.de/datawall/uploads/2025/12/ID_2025_55.jpg)

PRESSEKONTAKT/  
REDAKTIONELLE  
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband  
Solarwirtschaft e. V.  
EUREF-Campus 16  
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de  
Tel.: 030 29 777 88 30

[www.solarwirtschaft.de](http://www.solarwirtschaft.de)